

# Botschaft

zum

## Verfassungsrevisions-Entwürfe



Sitten

Buchdruckerei Kleindienst & Schmid

1905

PB

95



3097

Médiathèque VS Mediathek



1010792871

PB 95

# BOTSCHAFT

ZUM

## VERFASSUNGSREVISIONS-ENTWURFE

---

DER STAATSRAT

AN DEN

GROSSEN RAT DES KANTONS WALLIS

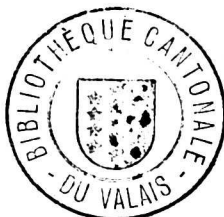
Herr Präsident und Herren!

Unsere Botschaft vom 16. Mai 1904 gestattet uns, bei den der Begründung des vorliegenden Revisions-Entwurfes vorauszuschickenden allgemeinen Erwägungen uns kurz und bündig zu fassen.

In der Tat bringt diese erste Botschaft unter Würdigung der geschichtlichen Fortentwicklung der politischen Institutionen unseres Landes, sowie seiner heutigen Bedürfnisse, die Ansichten des Staatsrates zum Ausdruck über Referendum, Initiative, Wahlart der Mitglieder des Staatsrates und der Abgeordneten auf den Ständerat — samt und sonders Fragen, die von den Urhebern der Revisions-Bewegung angeregt wurden.

Es sei gestattet, hierorts, zum Zwecke der Feststellung des Werdeganges und der verschiedenen Phasen der vorwärtigen Revisionsbewegung, in Kürze die Geschehnisse seit der Sitzung vom 18. November 1903, in welcher die Herren Alexander Seiler und Mitunterzeichner ihre Motion einbrachten, ins Gedächtnis zurückzurufen.

Während der Staatsrat sich anschickte, die Frage der Zweckmäßigkeit einer Verfassungsrevision zu prüfen, und zu diesem Behuf durch alle geeignet scheinenden Mittel die Wünsche und Bestrebungen des Volkes in Erfahrung zu bringen, um denselben gebührend Rechnung tragen zu können, wurde ein auf Erweiterung



PB 95



der Volksrechte abzielendes Revisionsbegehren in alle Gemeinden des Kantons geschleudert.

Zu Beginn der Sitzung vom 16. Mai 1904 legte der Staatsrat seine Botenschaft betreffend Zweckmäßigkeit der Verfassungs-Revision auf das Bureau des Großen Rates nieder. Während der gleichen Sitzung gelangte ein Schreiben der Herren Abgeordneten Alexander Seiler und Konforten zur Verlesung, welches die Hinterlegung des obgenannten von 10,400 Unterschriften bedeckten Bittgesuches ankündigte.

Unterm 24. Mai 1904 nahm der Große Rat auf den Antrag des Staatsrates Vornmerk von der Einbringung eines den im Art. 87 der Verfassung aufgestellten Bedingungen genügenden Revisionsbegehrens und gleichzeitig wurde ihm ein Dekrets-Entwurf unterbreitet betreffend Anordnung der Volksabstimmung.

Auf dem darauffolgenden 19. Juni war das Walliser-Volk zur Urne berufen, um sich über nachstehende Fragen auszusprechen:

1. Wollt Ihr, daß die Verfassung revidiert werde?
2. Falls die Mehrheit die Revision begehrt: soll diese eine totale (vollständige) sein?
3. Falls die Mehrheit die Revision begehrt: soll diese eine partiale (teilweise) sein?
4. Falls die Mehrheit die Revision begehrt: soll diese durch den Großen Rat vorgenommen werden?

5. Falls die Mehrheit die Revision begehrt: soll diese durch einen Verfassungsrat vorgenommen werden?

Das Ergebnis der Anfrage an das Volk war folgendes:

Stimmfähige Bürger . . .	29,609
Stimmende . . . . .	13,409
Für die Revision haben sich ausgesprochen . . . . .	11,846
Gegen die Revision . . . .	1,290
Leere od. nichtige Stimmzettel	214
Für die Total-Revision . .	11,822
Für die Partial-Revision .	1042
Für die Revision durch den Großen Rat . . . . .	10,854
Für die Revision durch einen Verfassungsrat . . . . .	1,889

Auf die Gesamtheit des Kantons haben 45 % der Wähler sich an der Abstimmung beteiligt. Im Oberwallis sank dieses Verhältnis auf 40 % herunter und im Unterwallis auf 35 %.

Außerordentlicher Weise zur Kenntnisnahme des Abstimmungs-Resultates einberufen, beauftragte der Große Rat in seiner Sitzung vom darauffolgenden 5. Juli den Staatsrat, einen Verfassungs-Revisions-Entwurf auszuarbeiten und denselben spätestens in der ordentlichen Mai-Tagung 1905 einzubringen.



Herr Präsident!

Herren Gropräte!

Die wichtigste Reform oder, besser gesagt, Neuerung, welchen Verfassungs-Entwurf, den wir Ihnen heute zu unterbreiten die Ehre haben, das Gepräge aufdrückt, ist unstreitig die Einführung des obligatorischen Referendums sowie der Verfassungs- und Gesetzes-Initiative in unser Grundgesetz.

Die Aufnahme dieser Grundsätze wird eine tiefgehende Umgestaltung unseres kantonalen öffentlichen Rechtes zur Folge haben.

Die bisher wesentlich repräsentative Regierungsform wird eine entschiedene Schwenkung nach der reinen Demokratie vollziehen. Das Volk wird gewissermaßen die gesetzgebende Gewalt, die es seinen Vertretern übertragen hatte, wieder zurücknehmen. Die vom Großen Räte ausgearbeiteten und erlassenen Gesetze müssen zwingenderweise und ipso jure den Bürgern zur Annahme oder Verwerfung vorgelegt werden und erwachsen erst in Rechtskraft, nachdem sie ausdrücklich genehmigt worden sind.

Unsere Botschaft vom 16. Mai 1904 enthält einen gedrängten Ueberblick über die Geschichte des Referendums im Wallis und das Schicksal dieser Institution durch die Zeitalter hindurch seit den Tagen, wo zwei Mal im Jahre, im Mai und Dezember die Abgeordneten der sieben Zehnden im bischöflichen Schlosse der Majorie in Sitten zur Beratung der Landes-Angelegenheiten zusammentraten.

Wir müßten den enggezogenen Rahmen einer Botschaft überschreiten, wollten wir uns in eine Studie ergehen über diese Institution und deren Entwicklung im Allgemeinen, sowie speziell in der Eidgenossenschaft seit den alten Landsgemeinden der kleinen Gemeinwesen bis auf die französische Revolution und die heutige Zeit.

Reich ist die Literatur an sachbezüglichen Schriften und Werken vom Rousseau'schen *Le contrat social* weg, mit seinen Theorien über das Vertretungs-System, bis auf die scharfsinnigen Abhandlungen der zeitgenössischen Publizisten.

Zur praktischen Seite der Frage übergehend, erinnern wir daran, daß der Staatsrat sich schon für das obligatorische Referendum ausgesprochen hat.

Für diese Referendums-Art lassen sich, unter Anderm, folgende Gründe ins Feld führen:

1. Das obligatorische Referendum entspricht besser unsern Traditionen. Abgesehen von den frühern Zeiten, kannten es die Verfassungen vom 12. Mai 1815, 3. April 1839 und 14. September 1844. In den Verfassungen von 1848 und 1852 ausgemerzt, wurde es, allerdings sehr abgeschwächt, in die Verfassung wieder aufgenommen, unter deren Herrschaft wir seit dem 23. April 1876 leben.

2. Es sichert dem Volke ein unmittelbares und regelmäßiges Eingreifen in die gesetzgeberische Arbeit zu. Es ist dies die Volkssouveränität, die eine

ständige Kontrolle über ihre Vertretung ausübt. Nun aber bildet die regelmäßige Mitarbeit an der Gesetzgebung eine politische Schulung und Erziehung des Volkes, die es mehr und mehr zu einer richtigen Erfassung und gesunden Beurteilung der ihm zur Annahme oder Verwerfung unterbreiteten Gesetze befähigt.

3. Das fakultative Referendum bedingt notwendigerweise zwei Zeitabschnitte oder Verrichtungen:

Diejenigen der Unterschriften-Sammlung und der Abstimmung.

Damit ist von selbst eine Verlängerung der Agitationsperiode und die Aufschauung und Entfesselung der Leidenschaften gegeben mit all ihren ungeliebten Rückwirkungen und Einflüssen auf das öffentliche Leben, das gewissermaßen vergiftet und lahmgelegt wird.

Beim obligatorischen Referendum wird diese Unzukömmlichkeit durch den Umstand verringert und abgeschwächt, daß nur eine Phase der Aufregung durchzumachen ist: d. h. insbesondere diejenige der Abstimmung. Nicht mit Unrecht hat ein Publizist in Befürwortung des obligatorischen Referendums behauptet, das fakultative Referendum besitze, weil nicht regelmäßig und periodisch wiederkehrend, einen revolutionären Charakter.

4. Das fakultative Referendum begünstigt die Tätigkeit und den Einfluß der Wahlausschüsse und ruft allen möglichen Mißbräuchen anläßlich der Unterschriften-Sammlung.

\* \* \*

Eine andere Art der Mitwirkung der Bürger bei dem Zustandekommen der Gesetze besteht in der Volks-Initiative.

Zur Stunde kennt unser öffentliches Recht bloß die Verfassungs-Initiative und zwar in dem Sinne, daß eine bestimmte Anzahl Bürger jederzeit berechtigt ist, eine Total- oder Partial-Revision zu verlangen und die revidierenden Punkte zu bezeichnen. Alsdann ist das Volk berufen, sich über das Revisionsbegehren auszusprechen, es sei denn, das Begehren sei von der Mehrheit der stimmberechtigten Bürger ausgegangen. Nachdem man sich im letztern Falle einer bereits erfolgten Willensäußerung des Volkes gegenüber befindet, wird von einer weiteren Befragung der Urversammlungen Umgang genommen. Das eidgenössische öffentliche Recht kennt ebenfalls nur die Verfassungs-Initiative. Die Letztere kann sich in Form der allgemeinen Anregung oder in Form eines ausgearbeiteten Entwurfes äußern.

Das von uns vorgeschlagene Recht der Volks-Initiative baut sich auf sehr breite Grundlage auf, besteht es doch darin, daß es in das Belieben des Volkes gestellt werden soll, nicht nur die Revision der Verfassung, sondern auch die Abänderung von bereits in Kraft stehenden Gesetzen oder den Erlass von neuen Gesetzen zu verlangen.

Die Initiative ist einigermassen die folgerichtige Ergänzung des Referendums.

Sobald der endgültige Entscheid über ein gesetzgeberisches Werk der Vertrauensmänner des Volkes bei diesem liegt, ergibt sich naturgemäß für das Letztere selbst auch das Recht der Initiative

d. h. die Berechtigung, eine Abänderung der bestehenden oder den Erlass neuer Gesetze zu verlangen. Mittelft der Initiative äußert sich die Souveränität in positiver und mittelft des Referendums in negativer Form.

Schon zur Zeit der französischen Revolution haben die damaligen Gesetzgeber die Volks-Initiative ins Auge gefaßt.

Der im Jahre 1793 dem Nationalkonvent unterbreitete Verfassungs-Entwurf enthielt folgende Bestimmung:

»Lorsqu'un citoyen croira utile ou nécessaire d'exciter la surveillance des représentants du peuple sur les actes de constitution, de législation ou d'administration, qui est de provoquer la réforme d'une loi existante et la promulgation d'une loi nouvelle, il aura le droit de requérir le bureau de son assemblée primaire, de la convoquer au jour du dimanche le plus prochain pour délibérer sur sa proposition.«

Von Männern sämtlicher Parteien bekämpft, fand diese Idee, die Condorcet zu ihrem Urheber hatte, vor dem Convent keine Gnade.

Endgültig schlug die Initiative bloß in Schweizererde Wurzeln. Heute haben sie die meisten Kantone angenommen, und zwar sowohl die Verfassungs- als die Gesetzes-Initiative, aber praktisch ausgeübt wurde dieselbe bislang nur sehr selten.

„Des Bestimmten in die Erscheinung tritt das Recht der Initiative zuerst in dem dem Volke eingeräumten Vorrechte, jederzeit die Revision der Kantonsverfassungen zu beschließen. Dieses mit dem verfassungsmäßigen Veto in engster

Beziehung stehende Vorrecht hat bald und sozusagen *pari passu* mit ihm sich Bahn gebrochen. Und es war seine Einführung auch um so mehr notwendig, als man von den periodischen Revisionen abkam, um sich jeweilen, wann das Bedürfnis vorlag, mit Partialrevisionen zu begnügen. Allein derjenige, der die Macht und Gewalt besitzt, eine Revision des Grundgesetzes des Kantons oder der Eidgenossenschaft zu beschließen; derjenige überdies, dem diese andere Befugnis zusteht, die Gesetze zu verworfen, die er ausnahmsweise oder regelmäßig vor seinen Richterstuhl zieht, kann nicht daran verhindert werden, von seinen Vertretern diese oder jene ihm nützlich scheinende gesetzgebische oder administrative Maßnahme zu verlangen, ihnen nahe zu legen, welches Werk zu schaffen und unter welchen Bedingungen dasselbe zu vollbringen sei. Das ist das Prinzip der Volks-Initiative.“

(Warin: L'évolution de la démocratie en Suisse.)

Zu den soeben erörterten, grundlegenden Neuerungen kommt noch der im Artikel 87 unseres Entwurfes aufgestellte neue Grundsatz der fakultativen Einführung der Minderheits-Vertretung bei den Municipal- und Burgerrats-Wahlen.

Behufs Erleichterung der Minoritäten-Vertretung im Großen Räte hatte der damalige Gesetzgeber in der heute noch zu Kraft bestehenden Verfassung die Möglichkeit der Wahl nach Kreisen beibehalten, die erstmals als Konzession an die Minderheiten in die Verfassung von 1852 aufgenommen worden war.



Unseres Erachtens ist der Augenblick gekommen, in dieser Richtung einen Schritt weiter zu tun und das Prinzip der Minderheitsvertretung mittelst der limitierten oder aber der Verhältnisswahl auf die Gemeinderatswahlen auszudehnen.

Dermaßen ist für die Gemeindeverwaltung die Möglichkeit einer von Allen auszuübenden Kontrolle gesichert. Die beiden Systeme haben in die Gesetzgebung der Kantone und des Auslandes Aufnahme gefunden. Sollte dieser Versuch sich bewähren, so kann derselbe in der Folge auch auf andere Wahloperationen und insbesondere auf die Grossratswahlen ausgedehnt werden. Theoretisch ist der Grundsatz der Minderheitsvertretung zwar gerechtfertigt, aber man darf anderseits sich fragen, ob seine Verwirklichung und Durchführung in Bezug auf den Wahl-Mechanismus nicht auf Schwierigkeiten stösse.

Für den Augenblick sehen wir davon ab, uns für das eine oder das andere der beiden Systeme auszusprechen und lassen die Frage unberührt. Ihre Lösung wird sie bei der im Artikel 86 des Verfassungs-Entwurfes vorgesehenen Umarbeitung des Wahlgesetzes finden müssen.

Herr Präsident,

Herren Grossräte!

Indem wir das rein politische Gebiet verlassen, sei darauf hingewiesen, daß wir, wie Sie selbst feststellen können, in unserm Entwurfe die hauptsächlichsten Zweige unserer Staatswirtschaft in weitgehendem Maße berücksichtigt haben.

Bei den Artikeln 14 und folgenden, bekundet der Staat seine lebhafteste Fürsorge für Landwirtschaft, Handel und Gewerbe, indem er eine Reihe von Bestimmungen trifft, die geeignet sind, der ökonomischen Entwicklung des Landes einen neuen Aufschwung zu geben und damit sämtliche Bevölkerungsklassen zu befriedigen.

In erster Linie begegnen wir der Bestimmung betreffend die berufliche Bildung, der heutzutage die Regierungen die größte Aufmerksamkeit zuwenden.

Es darf der Staat nicht bloß die höhere und klassische Bildung fördern und es entspricht den Forderungen der Billigkeit und wahren Gleichheit, daß diejenigen, die in der Landwirtschaft, in Handel und Industrie, in Handwerk und Gewerbe ihren Lebensunterhalt suchen, in Fachschulen und mittelst des staatlich organisierten und kontrollierten Lehrlingswesens die erforderlichen Kenntnisse zu einer erfolgreichen Betätigung und Ausübung ihres Berufes sich verschaffen können. Der bescheidenste Handwerker hat in der menschlichen Gesellschaft eine ebenso nützliche Aufgabe zu lösen als der Jurist, der Arzt oder irgend ein Angehöriger der sog. freien Berufsarten.



Herr Präsident,

Herren Großräte!

Nach diesem allgemeinen geschichtlichen Ueberblick über die Revision und über die Bedeutung und Tragweite der im vorliegenden Entwurfe neu aufgenommenen Grundsätze gehen wir zu einer ausführlichen Prüfung der Artikel über, beschränken uns aber auf Bestimmungen, die Neuerungen und Aenderungen von einiger Wichtigkeit mit sich bringen und übergehen solche rein formeller Art.

Art. 1. Die im Absatz 3 enthaltene Einschränkung erklärt sich aus der in unserm Entwurf vorgesehenen Erweiterung der Volksrechte.

Art. 11 und 12. (12—20 bisher.) Da diese Artikel Fragen ganz allgemeiner Ordnung betreffen, so halten wir dafür, daß sie den Artikeln handelnd von der geistigen und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes vorgestellt werden sollen.

Art. 13 (11 bisher). Der im ersten Absatz gemachte Zusatz hat zum Zweck, das Recht der Leitung und der Oberaufsicht der privaten Primarschulen von Seite des Staates klarer festzustellen, indem er zugleich — wie dies auch im Absatz 3 geschieht — auf eine ausdrücklichere und bestimmtere Art und

Weise die unbeschränkte Freiheit des privaten Sekundar- oder höhern Unterrichts gewährleistet.

Art. 14 bis 21. Diese Artikel sind vollständig neu. Sie bezeugen den Willen des Staates, auf wirksamere Weise und nach Maßgabe der verfügbaren Mittel zur wirtschaftlichen Entwicklung des Kantons durch seinen Schutz, seine Ermunterung und seine finanzielle Beteiligung für den Fachunterricht auf den verschiedenen Gebieten, sowie für die Landwirtschaft, den Handel, die Industrie, die Gewerbe und im allgemeinen für alle Zweige der Volkswirtschaft beizutragen.

Nicht daß der Staat bis dahin den Bemühungen und Anstrengungen zur Förderung des Wohlstandes und des Wohlergehens des Landes fern geblieben sei. Zahlreich sind die erzielten Fortschritte, dank der moralischen und finanziellen Unterstützung der Behörden. Heißt es aber nicht auf eine dauerhaftere und ausdrücklichere Art und Weise die Fortdauer dieser wohlthätigen Mithilfe und dieser fruchtbaren Initiative des Staates bei allen Rundgebungen des nationalen Fleißes zu sichern, wenn man ihm eine heilige Pflicht daraus macht, die im Grundgesetze unserer kleinen Republik selbst vorgezeichnet ist?

Es handelt sich hier nicht bloß, auf dem bereits betretenen Wege auszuharren, denn die Artikel, die wir die volkswirtschaftlichen unseres Entwurfes nennen könnten, eröffnen dem Staate ein neues Arbeitsfeld, wo seine Initiative sich entfalten kann. So sieht der Art. 17 die Einführung der obligatorischen Viehversicherung voraus, die für unsere Viehzüchter von unstreitigem Nutzen ist; so auch stellt der gleiche Artikel den Grundsatz der obligatorischen Feuerversicherung für bewegliche und unbewegliche Güter auf, die freilich — besonders im Wallis — schwieriger durchführbar sein könnte. Dergleichen kann der Staat, gestützt auf den Wortlaut des Art. 20, eine kantonale Heilanstalt eröffnen und die Gründung von Spitälern und Krankenhäusern in den Bezirken oder Kreisen unterstützen.

Durch Aufnahme in den neuen Verfassungsentwurf von Bestimmungen, deren Tragweite wir in Kürze berührt haben, glauben wir, der Scholle des Vaterlandes den Samen anvertraut zu haben, der mit Gottes Hülfe und mit der Mitwirkung aller Gutgesinnten Früchte tragen wird zum ökonomischen und sozialen Wohlergehen unseres lieben Wallis. Unserer Ansicht nach haben wir dadurch in Betracht gezogen, was eine weise Vorsohrge von der Regierung in einer Zeit erwarten durfte, wo unser Land, plötzlich an einen großen Verkehrsweg Europas gerückt, sich rüsten muß, um den neuen Verhältnissen gewachsen zu sein.

Art. 23 (14 bisher). Dieser Artikel ist so abgefaßt, um den Beschlüssen des Großen Rates bei der Beratung des Finanzgesetzes Rechnung zu tragen.

Art. 27 (22 bisher). Der neue Artikel bezeichnet einläßlich die Pflichten des Hauptortes, Sitz der obersten Behörden; dagegen ist ein weiteres Dekret betreffend Festsetzung der Leistungen des Hauptortes nicht erforderlich, weil diese schon bestimmt sind.

Art. 28 (23 bisher). Dieser Artikel bezweckt, klarer und deutlicher die erforderlichen Bedingungen zur Erlangung des Walliser Bürgerrechtes festzustellen und einer irrigen den Grundsätzen unseres öffentlichen Rechtes zuwiderlaufenden Auslegung vorzubeugen. Der vorliegende Wortlaut läßt keinen Zweifel mehr aufkommen. Er bestimmt, daß man, um Walliser zu sein, entweder Bürger von Geburt oder im Besitze einer Einbürgerung sei, die vom Gesetze oder vom Großen Rat erteilt wird. Die Einbürgerungen durch den Großen Rat ist einem vom Gesuchsteller vorzuweisenden Versprechen der Aufnahme in eine Burgergemeinde des Kantons untergeordnet. Andererseits wird die Aufnahme in die Burgergemeinde nur durch die Einbürgerung durch den Großen Rat perfekt, d. h. solange diese letztere nicht eine vollendete Tatsache ist, bleibt die Ausübung aller der Eigenschaft als Bürger inhaftenden Rechte eingestellt.

Schließlich sollen die Schweizer den Fremden für die Erlangung des Walliser Bürgerrechtes gleich gestellt werden, d. h. daß ihre Aufnahme in eine Burgergemeinde des Kantons erst vom Zeitpunkte an zur Tatsache wird, da ihnen vom Großen Räte die Einbürgerung erteilt wird.



Diese Grundsätze, die der Art. 28 des Entwurfes ausdrücklich aufstellt, sind keineswegs eine Neuerung. Sie sind nur die Bestätigung unseres öffentlichen Rechtes und im Einklang mit unserer gepflogenen Rechtsprechung. Wenn wir ihnen eine bestimmtere Fassung gegeben haben, so geschah es, um jeder irrigen Auslegung von vornherein zu begegnen.

Wir bemerken noch, daß wir es als recht und billig erachten, den Schweizern sowie den von einer Walliserbürgerin gezeugten Fremden eine Ermäßigung der Lagen, die in einem Einbürgerungsgesetze vorgesehen werden könnten, zu gewähren.

Indem wir die Art. 30, 31, 32 und 33, betreffend die Ausübung der Volksrechte im allgemeinen Teile unserer Botschaft schon genügend erläutert haben so bedarf es hier keiner weiteren Begründung. Es sei nur noch bemerkt, daß die im Art. 30 enthaltenen zwei Ausnahmen keineswegs den Zweck haben, auf indirekte Weise gesetzgeberische Handlungen der Annahme durch das Volk zu entziehen, diese Einschränkungen sollen nur einem Ausnahmeverhältnisse Rechnung tragen, das entweder aus der zwingenden Notwendigkeit, ein dringendes Dekret des Großen Rates, das überdies keine allgemeine und dauernde Bedeutung hat, sofort in Kraft zu setzen, oder aus einer gebieterischen Verpflichtung für die Kantonsbehörde, die Vollziehung eidgen. Gesetze zu sichern, entstehen könnte.

Wir haben unter Ziffer 4 und 5 des Art. 30 den Fall des Finanzreferendums eingereiht, wie es in den Art. 15 und 19 der gegenwärtigen Verfassung vorgesehen ist.

Art. 34. Um dem Hauptübelstande, der aus der Einführung des Referendums sich ergeben könnte, zu begegnen, haben wir für Gesetze und Dekrete, die der Annahme des Volkes unterbreitet werden, einen einzigen Abstimmungstag vorgesehen, der gewöhnlich im Monat Dezember verlegt wird, damit sie zu Anfang des folgenden Jahres in Kraft treten können.

Die Zusätze zu den Art. 36 (27 bisher), 43, 2 und 11 (34, 2 und 11) sind durch die Einführung der Gesetzesinitiative und des Referendums geboten.

Durch Weglassung von Nr. 10 des Art. 34 der gegenwärtigen Verfassung haben wir dem Staatsrate (S. Art. 52, 6 des Entwurfes) die Ernennung aller Offiziere — die Majore inbegriffen — übertragen. Wir hielten es einigermaßen unter der Würde des Großen Rates, zu seinen höchsten Befugnissen eine Wahl zu rechnen, die ihm sozusagen aufgezwungen wird, durch den Umstand, daß sie von der eidgenössischen Behörde beschränkt werden kann.

In § 12 des gleichen Artikels (43 bisher) haben wir die Bergwerkübertragungen gestrichen und sie in die Befugnisse des Staatsrates versetzt, indem gewohnheitsgemäß der Große Rat regelmäßig der vollziehenden Behörde diese Uebertragungsbewilligungen überläßt.

Art. 48 (39 bisher). Wir hielten es selbstverständlich, diese Unverträglichkeit in die Verfassung aufzunehmen, um dem vom Großen Rate in Art. 22 des Gesetzes vom 26. Mai 1891

betreffend die Vollziehung des eidgenössischen Gesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs aufgestellten Grundsätze Rechnung zu tragen.

Art. 49 (40 bisher). Es scheint folgerichtig und den Grundsätzen einer guten Verwaltung entsprechend, das Verbot an die Beamten und Angestellten und deren Stellvertreter, zu gleicher Zeit ihren Wohnsitz zu verlassen, zu verallgemeinern. Gegenwärtig trifft dies Verbot nur die gleichzeitige Gegenwart des Vorgesetzten und seines Stellvertreters in den Sitzungen des Großen Rates. In den Bezirken, wo zwei Stellvertreter des Einleitungsrichters sind, wird bei Abgang des Vorgesetzten die Anwesenheit des einen von ihnen genügen, um den Vorschriften des Gesetzes nachzukommen.

Art. 50 (41 bisher). Wir halten dafür, daß die Abschaffung der Suppleanten im allgemeinen im Kanton schlecht aufgenommen würde. Sollen sie also beibehalten werden, so müssen sie auch ihren Verpflichtungen nachkommen, nicht nur bei zeitweiliger Abwesenheit des Gesandten, sondern auch bei Erledigung eines Großenratsitzes. Diese Verfügung erhöht einerseits das Amt der Suppleanten, andererseits hat sie den schätzbaren Vorteil, die Ersatzwahlen zu beseitigen.

Art. 54 (44 bisher). Die im ersten Absatz dieses Artikels geschehene Abänderung ist die Folge des im Art. 50 aufgestellten Grundsatzes, nämlich, daß die Suppleanten die durch Verhinderungsfall der Abgeordneten frei gelassenen Sitze einnehmen. Andererseits glauben wir, daß nur die gleichzeitige

Ausübung des Amtes eines Großenrats und eines Staatsrates unverträglich sein soll; denn wir sehen keinen Grund, warum ein in den Staatsrat gewählter Abgeordnete bei seinem Austritt aus dieser Behörde seine gesetzgeberische Tätigkeit nicht wieder aufnehmen könnte.

Der im Absatz 3 enthaltene Zusatz „privat“ zum Worte Bank bedeutet, daß ein Staatsrat Mitglied des Verwaltungsrates einer Staatsbank sein kann.

Art. 58 (49 bisher). Wenn wir beifügen, daß die Amtsbefugnisse des Regierungstatthalters vom Gesetze bestimmt werden, so wollen wir dadurch zu verstehen geben, daß dieses die Befugnisse dieser Amtsstelle ausdehnen solle.

Art. 61 (52 bisher). Durch die Errichtung von höchstens 4 statt 7 Bezirksgerichten wollten wir der gegenwärtigen Richtung nach einer größeren Zentralisation der Gerichtsverwaltung Rechnung tragen.

Art. 65 (55 bisher). Die gleiche Erwägung, die für die in Art. 58 gemachte Abänderung maßgebend war, hat auch zu dem Zusätze des Wortes „weiter“ betreffend die Befugnisse des Bezirksrates Anlaß gegeben.

Art. 66 (56 bisher.) Um die Interessen der Bürgergemeinden besser zu schützen, haben wir die erforderliche Anzahl der Nichtbürger einer Gemeinde von der Hälfte auf einen Drittel herabgesetzt, um zur Bildung eines getrennten Bürgerrates ermächtigt zu sein.

Art. 67 (57 bisher). Die in diesem Art. eingeführte Abänderung ergibt sich aus dem Umstande, daß das im gegenwärtigen Art. 57 vorgesehene Gesetz seither getragen wurde.

Art. 69 (59 bisher). Dieser Artikel sieht für die Gemeindeverwaltungen eine neue Behörde vor, deren Zweck und Berrichtungen später erklärt werden.

Art. 71 (61 bisher). Wir sind der Ansicht, daß die Befugnisse der Urversammlungen in Sachen der Verwaltung und des Kostenvoranschlages nicht darauf zu beschränken seien, Kenntniss zu nehmen von den durch den Gemeinderat aufgestellten Zahlen, sondern daß darin auch das Recht der Genehmigung und der Prüfung falle.

Art. 72. (62 bisher). Die geringe Bevölkerungszahl einiger Gemeinden rechtfertigt die Verminderung von 5 auf 3 der mindest erforderlichen Zahl zur Bildung des Gemeinderates.

Art. 73 bis 76 (neue). Diese Artikel befassen sich mit einer neuen Behörde. In den Gemeinden von über tausend Einwohner, haben die Urversammlungen das Recht, ihre Vollmachten einem Generalrat zu übertragen, den sie zugleich mit dem Gemeinderat auf die Dauer von 4 Jahren selbst wählen. In den Gemeinden von weniger als 1500 Einwohner zählt dieser Rat 30 Mitglieder und in den bevölkerten Gemeinden von einem Mitgliede auf je 150 Einwohner mehr. Ueberdies hat er 10 Suppleanten. Er vereinigt alle Befugnisse die das Gesetz der Urversammlung zuteilt, auf sich, mit Ausnahme der Abstimmungen und Wahlen, die einzig der letztern vorbehalten bleiben.

Dieser Generalrat verdankt sein Dasein dem Umstande, daß bekanntlich die Urversammlungen der volkreichen Gemeinden der deren Bevölkerung zerstreut ist, nicht im Stande sind, das Recht der Beratung und der Aufsicht in den für die Gemeinde wichtigen Fragen und hauptsächlich in Sachen der Rechnungen und Kostenvoranschläge befriedigend auszuüben. Im allgemeinen sind die Urversammlungen schlecht besucht, sei es wegen Gleichgültigkeit oder weiter Entfernung vom Versammlungsorte, oder wegen Unzulänglichkeit der Lokale, worin nur eine kleine Zahl Platz findet. In einigen Gemeinden gibt es sogar keine Urversammlungen, die Rechnung und der Kostenvoranschlag werden nach dem Gottesdienst ausgerufen ohne jegliche Erörterungen.

Von dieser Erwägung verbunden mit den von vereinzelt Bezirkräten oder Gemeinden geäußerten Wünschen haben wir uns leiten lassen, um in unserm Gemeindewesen eine Einrichtung zu schaffen, die in mehreren Kantonen besteht und die geeignet ist, die heute sehr oft nur illusorische Kontrolle der Verwaltungsgeschäfte und die Prüfung der die Gemeinde betreffenden Fragen, die nach dem Gesetze in die Befugnisse der Urversammlungen fallen, wirksam und ernsthaft zu machen.

Der Generalrat, Bevollmächtigter der Urversammlung, der aus tüchtigen Männern zusammengesetzt ist, mehrere Male im Jahre sich versammelt und alle Gelegenheit hat, die finanziellen und administrativen Fragen der Gemeinde eingehend zu prüfen scheint uns geeignet, diese Rolle in denjenigen Gemeinden zu übernehmen, wo die Zahl



der Stimmenden die Ausübung der verfassungsmäßigen Befugnisse außerordentlich schwierig macht, was bei schwachbevölkerten Gemeinden nicht der Fall ist.

Ueberdies beabsichtigen wir keineswegs, die Urversammlungen ihrer Befugnisse und Vorrechte zu berauben. Sie sind frei, ihre Gewalten dem von ihnen ernannten Generalrat zu übertragen oder ihre Rechte auch fernerhin selbst auszuüben. Deshalb ist die Schaffung dieses Rates ganz freigestellt.

Art. 82 (68 bisher). In der Absicht, die Interessen der Gemeinden besser zu schützen, haben wir alle sowohl handschriftliche als Hypothekaranleihen der Genehmigung des Staatsrates unterstellt, die auch auf die Konzeptionen und Uebertragungen von Wasserkräften in Gemäßheit des sachbezüglichen Gesetzes sich erstreckt.

Art. 83 (69 bisher). Mit Rücksicht auf den steten Zuwachs der Bevölkerung und um den Wünschen einiger Bezirksräte Rechnung zu tragen, haben wir von 1000 auf 1200 die zur Wahl eines Abgeordneten erforderliche Bevölkerungszahl erhöht. Es liegt nicht in unserer Absicht, die gegenwärtige Anzahl der Großräte herabzusetzen, sondern nur zu verhindern, daß sie ins Endlose anwachse. Diese Bestimmung ist nach dem Wortlaut des Art. 106 erst von der nächsten Volkszählung an, die voraussichtlich die Zahl der Gesandten auf die wirkliche Stärke beibehalten wird, anwendbar.

In Absatz 4 des gleichen Art. haben wir angezeigt, daß die Wahl durch Kreise eine Ausnahme bildet von der allgemeinen Regel, die den Grundsatz der bezirksweisen Listenwahl aufstellt, während die Kreiswahlen eine Abweichung hiervon sind zu Gunsten der Minderheiten. Wir glaubten, diese Bestimmung im Entwurfe der neuen Verfassung beibehalten zu müssen, indem diese Art der Minderheitsvertretungen für den Augenblick unsern politischen Ueberlieferungen und Gepflogenheiten am besten entspricht.

Die Verfügung, daß der Bruchteil der Stimmen des Kreises dem Bezirke zu gute komme, entspringt der Absicht des Gesetzgebers, der dieselbe im Wahlgeseze aufgenommen hat, während sie in der Verfassung selbst stehen sollte. Sie ist jedoch nicht unbedingt, indem nämlich im Falle, wo der Bruchteil des Kreises größer ist als der des Bezirkes, die Wahl des zu ernennenden Abgeordneten vom Bezirke und dem Kreise gemeinschaftlich vorgenommen wird.

Art. 86 (73 bisher). Die Bestimmung den Grundsatz der Minderheitsvertretungen in den Gemeindewahlen aufstellend, ist früher eingehend erläutert worden, weswegen wir nicht weiter darauf zurückkommen.

Art. 88 (75 bisher). In diesem Artikel wollen wir die Einheit und Untertrennlichkeit des politischen Wohnortes festhalten. Es gilt als allgemeine Regel, daß man nicht einen Wohnsitz für Municipal- und einen andern für Bürgerrechte haben kann.

Art. 89 (76 bisher). Unserer Ansicht nach soll man die Unverträglichkeit der bürgerlichen mit den kirchlichen Amtsverrichtungen dahin auslegen, daß nur die Priester, die ein seelsorgerisches Amt bekleiden, in diesem Artikel gemeint seien.

Art. 97 (84 und 85 bisher). Wir haben die zwei Artikel zu einem einzigen vereinigt, indem wir ihm eine allgemeine Tragweite gaben und die Feststellung der einzelnen Fälle dem Gesetze überließen.

Art. 100, 101 und 102 (87 bisher). Wir haben den ersten Absatz des gegenwärtigen Art. 87 gestrichen, in der Meinung, daß eine Verfassungsrevision nicht schon durch den Umstand eines Verlangens abgesehen von der Zahl der Unterzeichner bedingt sei und diese so hochwichtige Frage dem Volksentscheid entzogen werden.

Wir verweilen hier nicht länger bei der Einführung der Volksinitiative in Betreff der Verfassung; durch das was wir einleitend in unserm Bericht über die Erweiterung der Volksrechte gesagt haben, scheint uns die Frage genügend abgeklärt zu sein.

Betreffend das Verfahren bei der Verfassungsinitiative, so ist es das gleiche als bei der Gesetzesinitiative, mit dem Unterschiede jedoch, daß die von der letztern stammenden Entwürfe Gegenstand einer einmaligen Verhandlung durch den Großen Rat sind, während alle Entwürfe zu einer Verfassungsrevision zweimal verhandelt werden müssen.

Der letzte Absatz des Art. 102 des Entwurfes füllt eine Lücke in der gegenwärtigen Verfassung aus, die die Wahlart der konstituierenden Versammlung nicht bezeichnet.

Art. 106. Ein Revisionsbegehren des Staatsgrundgesetzes ist wichtig genug, um ihm die bestmögliche Garantie zu sichern. Wir haben deshalb vorgesehen, daß der Gemeindepäsident nicht nur die Wahlfähigkeit des Unterzeichners bestätige, sondern auch die Richtigkeit der ihm verdächtigen Unterschriften prüfe.

\* \* \*

Das ist, so kurz es die Wichtigkeit des Gegenstandes zuläßt, der innere Ausbau des Entwurfes zur Revision der Verfassung, den wir den Beratungen der hohen Versammlung zu unterbreiten die Ehre haben. Wir glauben uns das Zeugnis ausstellen zu können, daß wir bei Ausarbeitung des Entwurfes mit der unbefangenen Sorgfalt vorgegangen sind, indem wir nur das allgemeine Wohl im Auge hatten und uns von der Absicht leiten ließen, innert den Rahmen der Möglichkeit nebst dem sittlichen, geistigen und materiellen Fortschritte des Walliser Volkes, den Bestrebungen und geäußerten Wünschen Rechnung zu tragen.

Die Ausarbeitung des nationalen Grundgesetzes ist immer ein Akt von höchster Bedeutung für ein Volk. Ein

Gedanke soll in den bevorstehenden parlamentarischen Verhandlungen vorherrschen, der nämlich um die Worte, womit wir unsere Botschaft vom 16. Mai 1904 über die Zweckmäßigkeit der Verfassungsrevision geschlossen haben, in Erinnerung zu bringen: „Es ist ein gemeinsames Werk, das wir aufbauen wollen zum größten Nutzen und für das geistige und leibliche Wohlergehen unseres lieben Kantons, im Vertrauen auf den

Schutz der göttlichen Vorsehung und auf die Mithilfe aller Männer von gutem Willen.“

Von diesen Gefühlen befeelt, benutzen wir, Herr Präsident und Herren, diesen Anlaß, um Sie unserer vorzüglichsten Hochachtung zu versichern und Sie samt uns dem Wachtschutze Gottes zu empfehlen.

Sitten, den 11. Mai 1905.

Der Präsident des Staatsrates  
Ch. de Freux.

Der Staatskanzler  
A. Ruten.









